

LEITLINIEN FÜR GUTE BILDUNGSPOLITIK IN HAMBURG

FORDERUNGEN DER GEW HAMBURG ZUR
BÜRGERSCHAFTSWAHL 2020



ÜBERSICHT

Bildung in Hamburg besser finanzieren	7
Migration als Normalität und Chance sehen	7
Rechtspopulist*innen, Neonazis und extreme Rechte zurückdrängen	8
Digitalisierung in Hinblick auf pädagogische Konzepte gestalten	9
Qualität der fachlichen Arbeit in den Kindertagesstätten halten und ausbauen	10
Schulentwicklung nicht verordnen, sondern im pädagogischen Dialog entwickeln	12
Schulformen in Richtung einer inklusiven Schule weiterentwickeln und „Abitur im eigenen Takt“ ermöglichen	13
Ergebnisse der Evaluation inklusiver Bildung in Hamburg ernst nehmen und umsetzen	15
Sonderschulen nicht als Stiefkind im Schulsystem behandeln	16
Lehrer*innenbildung ausfinanzieren und personell ausreichend ausstatten	17
Berufliche Schulen für die Zukunft gut aufstellen	17
Arbeitsbedingungen an den Schulen verbessern	18
Gesundheitsschutz an den Schulen ernstnehmen	20
Multiprofessionelle Teams an Schulen stärken	20
Vielfalt an Schulen fördern	21
Arbeits- und Studienbedingungen an den Hochschulen verbessern und neue, unbefristete Stellen für die Lehre schaffen	23
Beschäftigungsbedingungen in der Weiterbildung verbessern	24
Soziale und kulturelle Teilhabe für ältere Menschen fördern und sichern	25

IMPRESSUM

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hamburg

Rothenbaumchaussee 15

20148 Hamburg

Tel.: 040-4146330, Fax: 040-440877

E-Mail: info@gew-hamburg.de

www.gew-hamburg.de

Verantwortlich: Dirk Mescher (V.i.S.d.P)

Redaktion: Fredrik Dehnerdt

Fotos: GEW

Gestaltung: www.sailoress.de

Druck: Zollenspieker Kollektiv

Hamburg, November 2019

In Deutschland hängt der Bildungserfolg in hohem Maße von der sozialen Herkunft der Menschen ab. Diese Tatsache belegt, dass unser Bildungssystem nicht das leistet, was seine vornehmste und verfassungsrechtlich gebotene Aufgabe in einer demokratischen und auf Teilhabe angewiesenen Gesellschaft ist: Mit seinen Mitteln Chancenungleichheit zu reduzieren. Daher fordert die GEW ein Gesamtsystem von Erziehung und Betreuung, von Bildung und Wissenschaft, in dem alle Menschen ihr Recht auf Bildung verwirklichen können und in dem die Beschäftigten Arbeitsbedingungen vorfinden, die eine professionelle, pädagogische und wissenschaftliche Arbeit ermöglichen.¹

¹ „GEW Leitlinien zur Bürgerschaftswahl 2015“, www.gew-hamburg.de/mitmachen/aktionen/leitlinien-buergerschaftswahl



BILDUNG IN HAMBURG BESSER FINANZIEREN

Das Bildungswesen in Hamburg ist durch eine deutliche Unterfinanzierung gekennzeichnet. Die Steigerungen Hamburger Doppelhaushalt 2019/20 spiegeln vielfach die wachsenden Bedarfe wieder und sind zugleich Ausdruck stetig steigender Mehreinnahmen, mehr aber auch nicht. Aus Sicht der GEW ist eine verstärkte Finanzierung und Ausstattung des Bildungswesens zwingende Voraussetzung für eine demokratische, inklusive, soziale und wirtschaftlich prosperierende Gesellschaft, daher fordern wir:²

- für die **Kindertagesstätten** mehr Personal, um sowohl die Ausfallzeiten als auch den Anteil der mittelbaren pädagogischen Arbeit in die Finanzierung der Kita-Träger einzubauen. Zusätzliche Anleitungsstunden, um Quereinsteiger*innen, die berufsbegleitend zu Erzieher*innen ausgebildet werden, zu begleiten, und um die Qualität der Kita-Arbeit zu halten,
- im Bereich **Schule**, das Entgelt für Grund- und Stadtteilschullehrkräfte rechtsverbindlich und sofort auf A13Z bzw. E13 anzuheben,
- für die **Hochschulen** eine Steigerung ihrer Etats (Landes-Grundmittel) um mindestens drei, besser sechs Prozent pro Jahr.

Ausdrücklich lehnen wir die Unterwerfung der öffentlichen Haushalte unter das Diktat der Schuldenbremse und die daraus resultierende Spar- und Kürzungspolitik ab. Die Schuldenbremse darf keine Bildungsbremse sein.³

MIGRATION ALS NORMALITÄT UND CHANCE SEHEN

Für die GEW ist die Anerkennung von Migration als Normalität sowie der Abbau von sozialer Ungleichheit und Diskriminierungen sowohl Voraussetzung als auch Ziel guter Bildung. Die GEW bekräftigt ihre grundsätzliche Position, „Migration als Chance“ in einer demokratischen Gesellschaft zu betrachten, Diskriminierungen im Bildungswesen durch die Umsetzung des

2 „Worten müssen Taten folgen – GEW zu den Haushaltsberatungen 2019/20“, www.gew-hamburg.de/themen/hamburg-politik/worten-muessen-taten-folgen

3 „Schuldenbremse, Fiskalpakt und Spar-/Kürzungspolitik“, www.gew.de/positionen/publikationen/list/?tx_aapublications_publications%5B%40widget_0%5D%5BcurrentPage%5D=13&cHash=a932bdeca02cbcc002a19a0e41c9ffee

Rechts auf Bildung für alle zu begegnen, interkulturelle und rassismuskritische Bildung als allgemeines Prinzip in allen Bildungsbereichen zu verankern sowie durchgängige Sprachbildung und die Mehrsprachigkeit aller Menschen zu fördern.⁴

Geflüchtete Kinder und Jugendliche sind selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Wir fordern die Parteien auf, das Recht auf Bildung auch für alle benachteiligten und geflüchteten Kinder und Jugendlichen zu verwirklichen. Dazu nötig ist:⁵

- eine gleichmäßige Verteilung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen in der Stadt,
- die schnelle Integration in den schulischen Regelbetrieb,
- alle Schulabschlüsse für alle zu ermöglichen,
- das Recht auf Bildung sofort verwirklichen,
- das Kindeswohl in den Vordergrund zu stellen,
- eine gute Personalausstattung.

RECHTSPOPULIST*INNEN, NEONAZIS UND EXTREME RECHTE ZURÜCKDRÄNGEN

Rechtspopulist*innen, Neonazis und extreme Rechte vertreten nicht nur eine reaktionäre Politik und bedienen in ihrem politischen Handeln gefährliche Resentiments, sie stehen auch programmatisch sämtlichen Zielen und Aufgaben der GEW diametral entgegen.⁶

Die Versuche z.B. der AfD, durch sogenannte „Meldeportale“ Einfluss auf die Bildungs- und Kulturpolitik zu nehmen sowie engagierte Lehrkräfte zu denunzieren, sind Ausdruck eines verstärkten Rechtsrucks in unserer Gesell-

4 „Bildung in der Migrationsgesellschaft. Weiter denken!“, www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/bildung-in-der-migrationsgesellschaft-weiter-denken/

5 „Schule für geflüchtete Kinder und Jugendliche in Hamburg – Jetzt die richtigen Weichen stellen!“, www.gew-hamburg.de/mitmachen/aktionen/hamburger-appell-unterschreiben-schule-fuer-gefluechtete-kinder-und-jugendliche

6 „AfD und GEW stehen sich diametral entgegen“, www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/GEW/GEW-Beschluesse/Beschluesse_GT_2017/5__Organisation/5.16_AfD_FV.pdf

schaft, auf die mit einer gemeinsamen Offensive für die politische Bildungs- und Kulturarbeit geantwortet werden muss. Wir erwarten von den Politiker*innen aller demokratischen Parteien, sich deutlicher als bisher hinter die Kolleg*innen zu stellen, die tagtäglich politisch-kulturelle Bildung an Schüler*innen vermitteln und somit eine zentrale Stütze unserer Demokratie sind.⁷ Regierungsparteien müssen ihre Mitarbeiter*innen in der Bildungsbehörde stärker als bisher im Kampf gegen Rechts unterstützen und sie ebenfalls diesem Ziel bei der Abwehr von rechten Angriffen verpflichten.

Die GEW Hamburg fordert die Parteien auf, Antifaschismus explizit als Bildungsziel in das Hamburger Schulgesetz aufzunehmen. Eine solche Verankerung im Schulgesetz würde engagierten Lehrkräften den Rücken stärken und Einschüchterungsversuche sowie Bedrohungen von rechts erschweren.⁸

DIGITALISIERUNG IN HINBLICK AUF PÄDAGOGISCHE KONZEPTE GESTALTEN

Die Digitalisierung ist ein zukunftsweisender, vielschichtiger und unaufhaltbarer Prozess, der Chancen aber auch Risiken beinhaltet. Wir wollen deshalb die Digitalisierung insbesondere im Hinblick auf die pädagogischen Konzepte in Schule, den Arbeitsschutz und die Arbeitsbedingungen aktiv mitgestalten. Folgende Punkte sind, z.B. bei der Umsetzung des Digitalpakts, für uns zentral⁹:

- **Technik ist kein Selbstzweck**¹⁰

Auch in der digitalen Welt gilt für uns der Primat der Pädagogik als oberste Priorität. Technik wird als Mittel zum Zweck eingesetzt, hat aber nur dienende Funktion. Eine Anschaffung von digitalen Arbeitsmitteln muss in Verbindung von pädagogischen Konzepten erfolgen. Zur Erarbeitung der dies-

⁷ GEW zur Bildungspolitik der AfD Hamburg, www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/GEW-zur-bildungspolitik-der-afd-hamburg

⁸ „GEW fordert, Antifaschismus als Bildungsziel ins Schulgesetz aufzunehmen“, www.gew-hamburg.de/themen/bildungspolitik/gew-fordert-antifaschismus-als-bildungsziel-ins-schulgesetz-aufzunehmen

⁹ Vgl. 7 Thesen zu Bildung und Digitalisierung (Maimeeting Bundesforum Digitalisierung) <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/7-thesen-zu-bildung-und-digitalisierung/>

¹⁰ Vgl. Bildung in der digitalen Welt. Beschluss des 28.Gewerkschaftstages der GEW <https://www.gew.de/28-gewerkschaftstag/beschluesse/>

bezüglichen Konzepte muss ausreichend Arbeitszeit zur Verfügung gestellt werden.

- **Bildungsgerechtigkeit gewährleisten**

Um die Bildungsgerechtigkeit auch in der Digitalisierung zu gewährleisten muss die Lehrmittelfreit der Schüler*innen im Hinblick auf die Ausstattung mit digitaler Technik umfassend sichergestellt werden. Diese gilt auch bezogen auf die unterschiedlichen Voraussetzungen der Hamburger Schulen.

- **Dienstliche Geräte für rechtskonformes Arbeiten**

Die zunehmende verpflichtende dienstliche Nutzung von digitalen Arbeitsmitteln stellt hohe Anforderungen an die Beschäftigten zur Erfüllung des Datenschutzes dar. Alle Beschäftigten an Schulen benötigen deshalb für die rechtskonforme Erfüllung ihrer Aufgaben, dienstliche zentralgewartete IT-Endgeräte. Generell müssen für die Beschäftigten arbeitsschutzkonforme Arbeitsmittel durch den Arbeitgeber bereitgestellt werden.

- **Ressourcen zur Einarbeitung und Fortbildung der Beschäftigten**

Die Handhabung und Bedienung erfordern Qualifizierung und Weiterbildung, die nicht zur Mehrbelastung führen darf. Auch für die Entwicklung von pädagogischen Konzepten muss Arbeitszeit zur Verfügung stehen.

- **Gesundheitsschutz / Ständige Erreichbarkeit als Risikofaktor**

Positive Faktoren wie Vernetzung und Arbeiten vor Ort können sich negativ auswirken. So können hohe Informationsflut und ständige Erreichbarkeit die Psyche stark belasten, daher muss der Arbeitgeber sich frühzeitig mit Chancen und Risiken der jeweiligen Arbeitsfelder auseinandersetzen und Handlungshilfen entwickeln, welche besonders auch präventive Maßnahmen enthalten. Ein Katalog mit Handlungsprinzipien hinsichtlich der Eindämmung der Entgrenzung der Arbeit und ergonomischen Arbeitsbedingungen ist notwendig zu entwickeln.

QUALITÄT DER FACHLICHEN ARBEIT IN DEN KINDERTAGESSTÄTTEN HALTEN UND AUSBAUEN

Die bisher erfolgte Erhöhung in der Personalausstattung war wegen der stärkeren Inanspruchnahme von Kindertagesstätten und der Steigerung der Qualität der Arbeit der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung notwendig geworden. Dennoch ist es nicht gelungen, die Ausfallzeiten und Zeitkontin-



gente für die mittelbare pädagogische Arbeit (z.B. für Vor- und Nachbereitung, fürs Berichtswesen und für die Elternarbeit) verbindlich in die Finanzierung der Kita-Träger aufzunehmen.

Die Aufnahme von berufsfremd oder nicht ausgebildeten Arbeitskräften in die Kitapersonalausstattung, um sie berufsbegleitend auszubilden, birgt die Gefahr, dass die Qualität der fachlichen Arbeit sinkt.

Um den Kindern und den Eltern nicht nur Aufbewahrung, sondern pädagogisch wertvolle Arbeit zu bieten und deren Qualität abzusichern, fordern wir von der Stadt zusätzlich finanzierte Anleitungsstunden. Jede*r Erzieher*in, die/der bis zu drei Quer- und Neueinsteiger*innen anleitet muss mit sechs Anleitungsstunden in der Woche ausgestattet werden.

SCHULENTWICKLUNG NICHT VERORDNEN, SONDERN IM PÄDAGOGISCHEN DIALOG ENTWICKELN

Die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) hat Mitte 2019 einen Entwurf zum Schulentwicklungsplan vorgelegt, mit dem sie auf den bis 2030 prognostizierten Anstieg von 25% an Schüler*innen in den allgemeinbildenden Schulen reagieren will. Die GEW begrüßt zwar, dass sich die BSB langfristig mit der Entwicklung der Hamburger Schulen befasst, sieht den Entwurf jedoch kritisch, da es sich um eine bloße organisatorische Planung handelt, der die steigende Anzahl von Schüler*innen unterbringen will. Eine sehr viel stärker notwendige pädagogische Schulentwicklung bleibt jedoch auf der Strecke. Besonders kritisch ist zu sehen, dass die Schulen vielerorts zu Riesensystemen werden sollen, in denen die bisher erfolgreichen Schulkonzepte nicht mehr umgesetzt werden können und in denen eine inklusive Schule noch schwerer umzusetzen wäre.¹¹

Es verwundert, dass sowohl die bestehenden ReBBZ'en und speziellen Sonderschulen überhaupt nicht erwähnt und perspektivisch in den SEPL eingebunden werden.

¹¹ GEW Hamburg kritisiert Schulentwicklungsplan-Entwurf: „Wir fordern einen pädagogischen Dialog statt organisatorische Verordnungen“, www.gew-hamburg.de/themen/schule/wir-fordern-einen-paedagogischen-dialog-statt-organisatorische-verordnungen

SCHULFORMEN IN RICHTUNG EINER INKLUSIVEN SCHULE WEITERENTWICKELN UND „ABITUR IM EIGENEN TAKT“ ERMÖGLICHEN

10 Jahre Zwei-Säulen-Modell bedeutet in Hamburg auch 10 Jahre Verschärfung der sozialen Selektion.¹² Die Hamburger GEW tritt weiterhin für „Eine Schule für alle“ ein, also für eine Überwindung des derzeitigen Zweisäulenmodells aus Gymnasien und Stadtteilschulen (das ohnehin eher ein Drei-Säulen-Modell mit den Sonderschulen/ReBBZ als dritter Säule ist). Aus unserer Sicht ist die von oben verordnete Campus-Stadtteilschule, die der Schulentwicklungsplanentwurf 2019 an zehn Stellen in Hamburg vorsieht, ebenfalls kein Weg zur einen „Schule für alle“.

Die theoretisch möglichen positiven Aspekte von **Campusschulen** werden durch die fehlenden Vorgaben für ein längeres gemeinsames Lernen und für hohe Durchlässigkeit in allen Jahrgängen von vornherein zu Nichte gemacht. So ist die Campusschule einerseits eine bequeme Lösung, um die steigende Zahl der Schulformwechsel nach Klasse 6 möglichst geräuschlos zu bewältigen und sie ist eine billige Lösung, weil für zwei Schulformen unter einem Dach nur eine Schulleitung zuständig ist. Verbunden mit der gewollten Konzeptlosigkeit drohen die Campusschulen zu einem architekturgewordenen Verzicht auf aktive Bildungspolitik zu werden.¹³

Eine vollumfängliche **inklusive Schule** zeichnet sich durch längeres gemeinsames Lernen aus und führt zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Nur in einer Schule, wo Kinder und Jugendliche mit allen Begabungen und Talenten zusammenkommen und lernen, ist der optimale Bildungserfolg für alle zu erlangen, da sie vor allem auch durch ihre gegenseitigen Fähigkeiten in einem besonderen Maße profitieren. Anstatt immer wieder erbittert darüber zu streiten, ob der Weg nach acht oder neun Jahren zum Abitur führen soll, fordert die GEW weiterhin ein „**Abitur im eigenen Takt**“¹⁴.

12 „Zehn Jahre Zweisäulenmodell – zehn Jahre Verschärfung der sozialen Selektion“, www.gew-hamburg.de/themen/gew/gewerkschaftstag-der-gew-beschliesst-eckpunkte-fuer-die-buergerschaftswahl-und-erteilt

13 GEW Hamburg kritisiert Schulentwicklungsplan-Entwurf: „Wir fordern einen pädagogischen Dialog statt organisatorische Verordnungen“, www.gew-hamburg.de/themen/schule/wir-fordern-einen-paedagogischen-dialog-statt-organisatorische-verordnungen

14 „GEW legt Eckpunkte für eine Oberstufenreform vor und fordert eine breite schulpolitische Debatte ein“, www.gew-hamburg.de/themen/schule/gew-zur-debatte-um-g9-an-gymnasien



ERGEBNISSE DER EVALUATION INKLUSIVER BILDUNG IN HAMBURG ERNST NEHMEN UND UMSETZEN

Die GEW fordert die Parteien auf, die Ergebnisse der EiBiSch-Studie (Evaluation inklusiver Bildung in Hamburg) und ihre Empfehlungen ernst zu nehmen und Maßnahmen standortbezogen und mit den Schulgemeinschaften vor Ort gemeinsam zu entwickeln und umzusetzen. In der EiBiSch-Studie wird deutlich, dass in den Grundschulen 22,7% und in der Stadtteilschule nach Ende der Klassenstufe sechs 44,7% der Schüler*innen die Mindeststandards in Mathematik und/oder Leseverstehen nicht erreichen. Davon sind in den Grundschulen lediglich 29% und in der Stadtteilschulen nur 22,4% sonderpädagogisch gefördert worden. D.h. die Zugehörigkeit zu einer oder auch keiner der Förderkategorien gibt keinen Aufschluss über Kompetenzentwicklung der Schüler*innen. Die EiBiSch-Studie empfiehlt deshalb eine Bündelung und koordinierte Vergabe aller zur Verfügung stehenden Förderressourcen als systemische Ressourcenzuweisung an die Schulen und die Einführung eines Fördermonitorings. Diese Empfehlungen unterstützt die GEW und knüpft noch einmal an ihre Forderung nach einem Zwei-Pädagog*innen-System in den Klassen an. Die von der GEW unterstützte Volkinitiative gute Inklusion hat ca. ein Mehr im Umfang von 300 Stellen für die inklusive Schule erkämpfen können. Aus Sicht der GEW sind mindestens weitere 300 Stellen nötig, wenn wir es mit dem adaptiven Unterricht ernst meinen. Die daraus resultierenden notwendigen Verbesserungen des Unterrichts können nur in der Selbstverantwortung selbstständiger Schulen erreicht werden.

Mit dieser der einzelnen Schule zustehenden Ressource setzt die Schule einen systemischen Schulentwicklungsprozess einschließlich der Entwicklung adaptiven Unterrichts und adaptiver Förderung am Standort in um. Die selbstverantwortete Schule verantwortet dabei mit der systemischen Ressource ALLE Fördermaßnahmen (einschließlich Schulbegleitung) eigenverantwortlich und stellt dafür eine Abteilung für „Beratung und Förderung“ auf. Diese Abteilung ist für die lernprozessbegleitende Diagnostik und Förderung, sowie flankierende Beratung und Kooperation zuständig. Dem LI und den ReBBZ'en fielen dann die Aufgabe der schulbezogenen Beratung und Unterstützung zu. Dieses würde auch die Diagnostik in regionaler Kooperation (DirK) überflüssig machen und Ressourcen für die pädagogische Arbeit freisetzen.

Die GEW fordert deshalb:

- die Bündelung und koordinierte Vergabe aller zur Verfügung stehenden Förderressourcen als systemische Ressourcenzuweisung an die Schulen,
- die Einführung eines Fördermonitorings und die Überprüfung der aktuellen LSE-Diagnostik am Ende der 4. Klassenstufe ,
- ein Durchgängig gewährleistetes Zwei-Pädagog*innen-System in der inklusiven Schule; d.h. weitere 300 Stellen für einen adaptiven Unterricht,
- Schulbegleitung grundsätzlich als Poollösung und eigenverantwortliche Verteilung in den Schulen,
- die Zuweisung jeweils für mindestens ein Schuljahr bei geringerem Beantragungsaufwand, z.B. auf Grundlage des Förderplans. Wir fordern die Rückkehr zur Zuordnung von 1:1.

SONDERSCHULEN NICHT ALS STIEFKIND IM SCHULSYSTEM BEHADELN

Sonderschulen sind nach wie vor ein wichtiger Bestandteil des Hamburger Schulsystems. Sie bieten Schüler*innen mit besonders hohem sonderpädagogischen und speziellem Förderbedarf ein angemessenes Bildungs-, Erziehungs- und Therapieangebot. Sie unterstützen das inklusive Schulsystem mit personeller und inhaltlicher Ressource. Sonderschulen sind jedoch seit Jahrzehnten das Stiefkind der Hamburger Bildungspolitik. Die Schulen benötigen seit Jahren Verbesserungen hinsichtlich der Frequenzen (Frequenzsenkungen wie in anderen Schulformen haben fast nie stattgefunden) und der personellen Ressourcen. Hinsichtlich des verpflichtenden Ganztagesbetriebs (GTS) sind Sonderschulen deutlich unterfinanziert. Bildungspläne und Stundentafel können so nicht verlässlich umgesetzt werden. Die sich weiter verändernde Schüler*innenschaft benötigt deutlich mehr Therapiestunden. Schulbegleitung muss für die entsprechenden Schüler*innen gesichert sein. Die Streichung der gesamten Sprachförderstunden (nur Sonderschulen betroffen) ist zurückzunehmen.

BERUFLICHE SCHULEN FÜR DIE ZUKUNFT GUT AUFSTELLEN

Die Beruflichen Schulen sehen sich verschiedenen Herausforderungen gegenüber. So wird Inklusion immer mehr Alltag im dualen System und in fast allen Bildungsgängen ergibt sich aus der zunehmenden Heterogenität der Schüler*innen ein Bedarf an passgenauer Förderung auf vielen Ebenen: Sprachbildung, Coaching, sozialpädagogische und psychologische Betreuung, um nur einige zu nennen. Diese zusätzlichen Aufgaben werden bisher nur sehr unzureichend in der Ressourcenzuweisung abgebildet. Das muss sich ändern!

Die Arbeit an den Beruflichen Schulen muss attraktiv bleiben bzw. wieder werden, denn schon jetzt gibt es Nachwuchsprobleme in vielen Fachrichtungen. Daher müssen hier die Anstrengungen intensiviert und das IBW der Universität Hamburg massiv und dauerhaft gestärkt werden.

LEHRER*INNENBILDUNG AUSFINANZIEREN UND PERSONELL AUSREICHEND AUSSTATTEN¹⁵

Für eine erfolgreiche Lehrer*innenbildung muss an der Universität Hamburg gewährleistet sein, dass alle Lehramtsstudiengänge die Themen Inklusion und Heterogenität für alle Schulformen umsetzen.

Die Lehramtsstudiengänge müssen ausfinanziert und personell ausreichend ausgestattet werden. Auch aufgrund des Lehrer*innenmangels zusätzlich geschaffene Studienplätze müssen hinreichend finanziert werden. Dies gilt insbesondere auch für die beruflichen und die sonderpädagogischen Bereiche, die derzeit stark unterfinanziert und personell schlecht ausgestattet sind.

Weder Lehramtsstudierende, noch Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst sind dazu da, den Lehrer*innenmangel zu kompensieren.

Im Vorbereitungsdienst müssen Seminargruppengrößen und Betreuungsschlüssel lernförderlich gestaltet werden. Die dafür benötigten Stellen werden ausfinanziert, sodass insbesondere neu eingestellte Fach-Seminarleitungen gut arbeiten können.

¹⁵ Stellungnahme der GEW zur Reform der Lehrer_innenbildung in Hamburg, www.gew-hamburg.de/themen/schule/stellungnahme-der-gew-zur-reform-der-lehrerinnenbildung-in-hamburg

Das Angebot der Berufseingangsphase (BEP) muss in seiner jetzigen Form bestehen bleiben und darüber hinaus durch flexibel buchbare Module ausgeweitet werden, um den Bedürfnissen der vielen neuen Kolleginnen und Kollegen auch aus anderen Bundesländern gerecht zu werden.

Die GEW fordert, dass alle Lehrämter gleich besoldet werden.

ARBEITSBEDINGUNGEN AN DEN SCHULEN VERBESSERN

Für die Beschäftigten an den Schulen sind seit Jahren die Arbeitsbedingungen nicht verbessert worden. Dadurch ist an vielen Stellen der betriebliche Frieden gestört. Die Arbeitsbedingungen machen krank oder treiben Lehrkräfte in Teilzeit.

Die GEW bekräftigt ihre Ablehnung der Lehrerarbeitszeitverordnung und ihre Forderung von 2015 nach einer Höchstgrenze von 20 Unterrichtsstunden für eine Vollzeitstelle.¹⁶

Die Lehrerarbeitszeitverordnung fördert die Intransparenz über die tatsächlich zu leistende Arbeitszeit der Lehrkräfte. Wenn man die Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung mit dem Pflichtstundenmodell aus den anderen Bundesländern vergleicht, wird deutlich, dass in Hamburg die durchschnittlich zu leistende Unterrichtszeit um zwei bis vier Stunden je nach Schulform höher liegt als in anderen Bundesländern. Deshalb fordert die GEW den Senat auf endlich Maßnahmen zur Transparenz und deutlichen Reduzierung der Arbeitszeit jeder einzelnen Lehrkraft zu ergreifen!

¹⁶ Gewerkschaftstag der GEW beschließt Maßnahmen zur Entlastung der Lehrkräfte „Kooperationszeiten erhöhen und Schulleitungsfunktionszeiten extra zuweisen!“
www.gew-hamburg.de/themen/arbeitsbedingungen/gewerkschaftstag-der-gew-beschliesst-massnahmen-zur-entlastung-der

Common-
senses
members
in
Team

GESUNDHEITSSCHUTZ AN DEN SCHULEN ERNST NEHMEN

Schon jetzt gibt es nicht ausreichend mit digitalen Arbeitsmitteln ausgestattete Büro-Arbeitsplätze für das pädagogische Personal, obwohl im Rahmen des ganztägigen Unterrichts dies eine Grundvoraussetzung für die Arbeit der Kolleg*innen bildet. In diesem Zusammenhang wird es immer dringender, dass die BSB die Verantwortung für den Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht nur auf die Schulleitungen als direkte Vorgesetzte abwälzt, sondern auch selbst tätig wird. Die Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen – sowohl für physische und für psychische Belastungen – an Schulen tritt auf der Stelle. Die Maßnahmen, die nach einer Gefährdungsbeurteilung zur Verbesserung der Situation durchgeführt werden sollen, beschränken sich ebenfalls eher auf Verhaltensprävention, statt tatsächlich an den Verhältnissen etwas zu verändern. Die GEW fordert die BSB auf,

- ihrer Verantwortung als oberster Dienstherr für den Arbeits- und Gesundheitsschutz nachzukommen,
- bei Neu- und Umbauten von Schulen sind Lärmschutzbedingungen innerhalb der Gebäude endlich umzusetzen,
- das Musterflächenprogramm so zu überarbeiten, dass es ausreichende barrierefreie und entsprechende Lern- und Arbeitsplätze in einer inklusiven Schule vorhält,
- eine Evaluation in diesem Bereich durchzuführen und zu prüfen, welche Belastungen sich nicht nur auf die einzelne Schule mit ihrem Kollegium beziehen, sondern welche Belastungen/Gefährdungen sich für viele Kolleg*innen in Hamburg ergeben, und entsprechend Abhilfe zu schaffen.

MULTIPROFESSIONELLE TEAMS AN SCHULEN STÄRKEN

Es ist unbestritten, dass die inklusive Schule unterschiedliche am Bildungs- und Erziehungsprozess beteiligte Professionen braucht, um Kinder und Jugendliche mit ihren vielfältigen Bedürfnissen und besonderen Eigenschaften zu fördern, damit sich ihre jeweiligen Stärken im schulischen Kontext entfalten können.

Neben den Lehrkräften sind dies in Hamburg heute insbesondere Erzieher*-

innen; Sozialpädagog*innen, Heilerzieher*innen und Heilerziehungspfleger*innen, Schulpsycholog*innen, Sonderpädagog*innen, sozialpädagogische Assistent*innen, Ergo- und Physiotherapeut*innen.

Die GEW fordert, dass für alle Berufsgruppen ausreichend Zeit zur Koordination ihrer jeweiligen Tätigkeiten zum Wohle der ihnen anvertrauten Schüler*innen zur Verfügung steht. Multiprofessionalität an Schule braucht Gleichberechtigung der pädagogischen Sichtweisen. Angebote für kostenfreie Supervision sind hierfür ebenso notwendig wie gemeinsame und berufsspezifische Fortbildungsangebote. Arbeitszeitregelungen, die Beziehungsarbeit mit Kindern vertakten, Gespräche zu Randaufgaben degradieren und Fortbildungen auf Abende und Wochenenden verlegen sind deshalb kontraproduktiv und gehören abgeschafft.

Ungleiche Bezahlung schafft zusätzliche Reibung. In einem ersten Schritt fordert die GEW Hamburg deshalb eine Angleichung der Gehälter der Ergo- und Physiotherapeut*innen an die der Erzieher*innen an den speziellen Sonderschulen.

Weiterhin erwartet die GEW ein deutliches Signal zum Erhalt und Ausbau der originären Schulsozialarbeit als Schnittstelle zur Jugendhilfe. Sie sollte Teil eines Beratungssystems sein, das ausreichend Freiräume hat, um erfolgreich im Kontext Schule zu beraten und zu vermitteln. Dies beinhaltet auch die Einrichtung von qualifizierter Fachaufsicht für die verschiedenen Berufsgruppen.

VIELFALT AN SCHULEN FÖRDERN

Wir fordern die gezielte Förderung der Vielfalt an Schulen durch Schaffung von Vielfaltsbeauftragten an den weiterführenden Schulen sowie Berufsschulen. Das bedeutet für uns die Schaffung von Lehrer*innenstellen in herausgehobener Besoldung (A13/A14-Beförderungsstellen) mit einer auskömmlichen Würdigung in Form von Arbeitszeit für Vielfaltsthemen.

Zudem fordern wir eine auskömmliche Finanzierung des ehrenamtlichen Peer-Aufklärungsprojekts Soorum im Magnus-Hirschfeld-Centrum. Das beinhaltet für uns eine Aufstockung der hauptamtlichen Mitarbeiter*innen auf eine volle Stelle, einen weiteren Ausbau der Förderungen für Aus- und Fortbildungen sowie Supervision und auskömmliche Mittel für Übungsleiterpauschalen für Teamer*innen.



Derzeit bietet das Schulverwaltungsprogramm DIVIS nicht die Möglichkeit, transgeschlechtlichen Schüler*innen einen vom Personenstand abweichenden Geschlechts- und Vornamenseintrag zuordnen zu können. Für Schüler*innen in der Transition vor der finalen gerichtlichen Personenstandsänderung nach dem TSG ist dieses Vorgehen jedoch besonders wichtig, um Akzeptanz in ihrem gelebten Geschlecht zu erhalten. Dieser Eintrag hat Auswirkungen auf Klassenlisten, Zeugnisse, Urkunden, Schulbescheinigungen etc. Eine manuelle Änderung wird derzeit von der Rechtsabteilung unterbunden. Wir fordern, dass dies geändert wird.

ARBEITS- UND STUDIENBEDINGUNGEN AN DEN HOCHSCHULEN VERBESSERN UND NEUE, UNBEFRISTETE STELLEN FÜR DIE LEHRE SCHAFFEN

Nach dem großen Erfolg der Universität Hamburg im Exzellenzwettbewerb muss nach der Forschung nun auch unbedingt wieder die Lehre an allen Hamburger Hochschulen in den Fokus rücken.

Die GEW wird sich deshalb dafür einsetzen, dass:

- die vielfältigen Aufgaben in der Ausbildung der Studierenden in erster Linie von festangestelltem wissenschaftlichen Personal wahrgenommen werden,
- die Verstetigung der Bundesmittel im „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ zu deutlich mehr unbefristeten Stellen führt. Durch die verstetigten Mittel gibt es mittlerweile eine größere Planungssicherheit für die Hochschulen, die auch in Form von mehr Dauerstellen an die Beschäftigten weitergegeben werden muss.
- in Ziel- und Leistungsvereinbarungen des Senats mit den Hochschulen ein Ausschluss sachgrundloser Befristungen und eine feste Quote an Dauerstellen für Daueraufgaben in Lehre und Forschung festgeschrieben wird,
- es für Nachwuchswissenschaftler*innen Karriereperspektiven neben der Professur gibt, z. B. als Lecturer bzw. Researcher mit tenure track zum festangestellten Senior Lecturer bzw. Senior Researcher (vergleichbar mit den Stellenkategorien an der Universität Bremen) für Daueraufgaben in Lehre und Forschung,

- das Lehrdeputat bei wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen in der Lehre so reduziert wird, dass das Leitbild des „forschenden Lernens“ auch tatsächlich umgesetzt werden kann,
- der Stellenumfang von Promotionsstellen von derzeit häufig 1/2 auf mind. 2/3 angehoben wird.

BESCHÄFTIGUNGSBEDINGUNGEN IN DER WEITERBILDUNG VERBESSERT

Die Beschäftigung in staatlicher oder staatlich finanzierter Weiterbildungsträgerschaft ist durch weitgehendes „Working poor“ gekennzeichnet. Die große Mehrheit der dort arbeitenden Kolleg*innen ist mit ungesicherten Honorarverträgen beschäftigt. Bei Angestelltenverträgen sind skandalöse Beschäftigungsbedingungen zu verzeichnen: teilweise mehr als 40 Unterrichtsstunden für eine volle Stelle, keine Vor- und Nachbereitungszeit.

Die GEW fordert deshalb für Honorarbeschäftigte mit arbeitnehmerähnlichem Status:

- Zuschüsse zur Sozialversicherung, bezahlten Urlaub nach dem Mindesturlaubsgesetz für Arbeitnehmer und Ausfallhonorar für Krankheit
- Ein Mindesthonorar für den Bereich der Weiterbildung von 38 € mit jährlicher Anpassung
- Für den Bereich der DAZ-DAZ Integrationskurse ein Honorar von mindestens 57 €

Für angestellte Beschäftigte der Weiterbildung:

- Eine maximale Unterrichtsverpflichtung von 26 Stunden á 45 Minuten
- Betriebliche, vom Arbeitgeber finanzierte Weiterbildung

Die Freie und Hansestadt soll in den von ihr kontrollierten Einrichtungen, hier vor allem der VHS Hamburg, dafür sorgen, dass diese Regeln dort eingehalten werden. Dazu muss sie die den Finanzierungsbeitrag der VHS entsprechend erhöhen, damit diese Verbesserungen nicht von den Kursbesuchern finanziert werden müssen.

Weiter soll die FHH ihren politischen Einfluss bei anderen staatlichen Finanzierern von Weiterbildung– hier vor allem das BAMF - geltend machen. In diesem Zusammenhang ist eine Bundesratsinitiative zu starten.

SOZIALE UND KULTURELLE TEILHABE FÜR ÄLTERE MENSCHEN FÖRDERN UND SICHERN¹⁷

Grundsatz der gewerkschaftlichen Senior*innenpolitik ist es, älteren Menschen ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und soziale und kulturelle Teilhabe zu fördern und zu sichern.

Die GEW setzt sich ein für einen uneingeschränkten Zugang zu Bildung und Kultur auch für ältere Menschen, unabhängig vom sozialen Status und körperlichen Einschränkungen. Migrant*innen müssen ebenfalls angesprochen und berücksichtigt werden.

Neben dem Zugang zum allgemeinen kulturellen Angebot der Stadt muss das seniorspezifische Angebot weiter gefördert und ausgebaut werden in einem dichten Netz an stadtteilbezogenen Einrichtungen mit einer gesicherten Finanzierung und guten Beschäftigungsverhältnissen.

Altersarmut wird am wirksamsten verhindert durch gute Löhne und Gehälter und durch sichere Beschäftigungsverhältnisse.

Für eine uneingeschränkte Teilhabe benötigen wir ein Sozialticket für Eintrittskarten zu kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen.

Mit der Digitalisierung wandelt sich auch der Alltag älterer Menschen z.B. bei digitalen Verwaltungsakten oder Onlinebanking. Wir fordern deshalb ein breites auf Senior*innen ausgerichtetes Bildungsangebot zur Nutzung von digitalen Medien und den Zugang unabhängig vom Einkommen, aber weiterhin auch die Sicherstellung analoger Zugangsmöglichkeiten.

¹⁷ Senior_innenpolitische Eckpunkte des Deutschen Gewerkschaftsbunds,
www.dgb.de/themen/++co++64360110-65c2-11e9-9e95-52540088cada

